

30 Divisionen. Die sowjetischen Gastgeber sagen den Deutschen: „Erfüllt euch mit Kampfgeist, wir werden euch helfen.“ Am 9. April 1952 erhalten die Moskauer Botschafter der drei Westmächte die zweite sowjetische Note. Acht Tage zuvor hält Pieck als eine Konsequenz der deutschsowjetischen Konferenzen fest: „FDJ muß schießen lernen.“

Man wird konstatieren dürfen, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt, spätestens seit Mitte 1946, die Fronten in der Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte starr waren. Die erfolglose Deutschland-Konferenz der vier Außenminister, die im Januar und Februar 1954 in Berlin stattfand, hat das ebenso gezeigt wie das Treffen, das die vier Regierungschefs vom 18. bis zum 23. Juli 1955 in Genf zusammenführte.

Daß die Deutschen diese Starrheit und den von ihr verursachten Teilungsprozeß hinnahmen, ist allerdings nicht allein mit der vom Dritten Reich und seinem Krieg hinterlassenen Erschöpfung zu erklären. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eine der stärksten Triebfedern politischen Handelns. Tatsächlich haben wir es neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland, das eine Folge des Zweiten Weltkriegs war, und neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor dem jeweils feindlichen Lager, das zum Kalten Krieg gehörte, mit einem dritten Sicherheitsbedürfnis zu tun, mit dem sogar extrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das als politischer Faktor aufgrund der Umstände freilich auf Westdeutschland beschränkt war.

Die Westdeutschen und dann die Bundesrepublik grenzten unmittelbar an das entstehende und dann entstandene sowjetische Imperium. Man kann das Vorspiel der von Hitler freigesetzten sowjetischen Dynamik ausklammern, etwa den am 30. November 1939 unternommenen Angriff auf Finnland oder die 1940 von Rumänien ultimativ erpreßte Abtretung Bessarabiens. Aber die Bewohner Westdeutschlands hatten zwischen 1944 und 1949 die Entstehung des sowjetischen Imperiums als prägende Erfahrung erlebt. Mit einer Faszination, die zu tiefstzender Furcht führte, war registriert worden, wie dem Zusammenspiel zwischen militärischer sowjetischer Macht – anwesend oder drohend – und einheimischen kommunistischen Parteien erst Polen und zum zweiten Mal, wie schon im Juni 1940, die baltischen Staaten, dann Bulgarien und Rumänien, schließlich Ungarn und die Tschechoslowakei zum Opfer fielen. Daß die Sowjetunion zugleich in jenem Teil Deutschlands, in dem sie militärisch präsent war, ihre wirtschaftliche, politische und ideologische Herrschaft laufend ausbaute und ihre Besatzungszone allmählich praktisch in einen Teil ihres Imperiums verwandelte, gab der Furcht naturgemäß eine besondere Dimension; schien doch aus dem Vorgang hervorzugehen, daß der sowjetische Imperialismus als ein grundsätzlich nicht zu saturierender Expansionismus verstanden werden müsse. Wahrscheinlich hat dieser Schluß die stalinistische Sowjetunion falsch eingeschätzt. Doch war dieser Schluß angesichts des sowjetischen Vorgehens zwangsläufig.

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer eindeutigen Majorität der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte bewußt und konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik hat ohne Frage jene Politik begünstigt, mit der die vier Besatzungsmächte ihr Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland befriedigten. Zugleich entsprach die westdeutsche Politik jener Jahre aber den damaligen politischen Möglichkeiten und ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen; sie war mithin, historisch gesehen, ebenso unvermeidlich wie jedenfalls moralisch unanfechtbar. Danke. (Beifall – Manuskriptfassung Seite 1381 ff.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Graml.

Der Kalte Krieg in Europa hat nach zehn Jahren aus ehemaligen Verbündeten und Alliierten Feinde gemacht und zur Teilung der Welt geführt, wie Sie, Herr Professor Dr. Loth, ausführen werden. Ich bitte Sie herzlich darum, uns davon zu berichten, wie es weitergegangen ist.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Minuten für die Darstellung eines Zeitraums von knapp 30 Jahren sind natürlich nicht viel Zeit. Ich erspare mir deshalb, zu wiederholen, was ich in meinem Papier über die allgemeine Struktur des Ost-West-Konflikts geschrieben habe (Manuskriptfassung Seite 1744 ff.). Ich gehe auch nicht auf die Berlin-Krise ein, die am Anfang meines Berichtszeitraums steht.

Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang nur – das ist gleichzeitig eine Antwort auf eine der Fragen von Herrn Jacobsen von heute vormittag –, daß die Berlin-Krise das definitive Ende jeder operativen Wiedervereinigungspolitik der Westmächte brachte. Dieses Ende wird nicht vom August 1961, sondern von der Genfer Außenministerratstagung vom Frühjahr und Sommer 1959 markiert. Auf dem Rückflug von den Beerdigungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles vereinbarten die drei westlichen Außenminister, im weiteren Verlauf der Konferenz nur noch über Berlin zu sprechen, d. h. nicht mehr über Vorstellungen – auch westliche – zur Wiedervereinigung. Seitdem konzentrieren sich die Westmächte auf die Behauptung des Status quo auch in der deutschen Frage.

Der Ausgang der Kuba-Krise 1962, die ich jetzt auch nicht mehr im Detail behandeln will – sie können das in meinem Papier nachlesen –, hatte für die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zwei höchst bedeutsame Konsequenzen. Zum einen sah Chruschtschow ein, daß er sich angesichts der realen Machtverhältnisse vorerst mit der De-facto-Respektierung des Status quo begnügen mußte. Er verstand auch, daß die amerikanische Haltung tatsächlich defensiv war, so daß er das tun konnte. Damit hörte der Druck auf Berlin auf. Zum anderen stellte Chruschtschow alle Weichen für den Ausbau der Sowjetunion zu einer militärischen Supermacht, die den USA ebenbürtig